



Die Präsidentschaftswahl in Algerien

Präsident Bouteflika kandidiert für ein viertes Mandat

KLAUS-PETER TREYDTE

April 2014

- Am 3. März 2014 gab Präsident Abdelaziz Bouteflika beim Verfassungsrat in Algier seine Kandidatur für die bevorstehende Präsidentschaftswahl am 17. April bekannt.
- Die drei bisherigen Mandate Bouteflikas von 1999–2014 sind von einem zweifelhaften Erfolg gezeichnet. Seine 1999 gegebenen Versprechen der politischen Erneuerung und der nationalen Aussöhnung nach dem »schwarzen Jahrzehnt« der religiös motivierten Unruhen wurden nicht eingelöst.
- Die wirtschaftliche Transformation, die Algerien aus einer weitgehend sozialistischen Planwirtschaft mit umfassenden Subventionen und Einheitsgewerkschaft in eine moderne Marktwirtschaft führen sollte, ist gescheitert.
- Mit einem wiedergewählten Bouteflika, der in alten wirtschaftlichen und politischen Paradigmen verhaftet ist, wird Algerien, das nunmehr flächengrößte Land Afrikas, kein »Stabilitätsanker« sein.



Inhalt

| | |
|--|----------|
| Bouteflikas Kandidatur: Entgegen allen Erwartungen | 2 |
| Vorlauf – Machtkämpfe in der Regierungspartei FLN | 2 |
| Der Bruder des Präsidenten: Said Bouteflika | 2 |
| Kabinettsumbildung im September 2013 – das System Bouteflika in der Sackgasse? | 3 |
| Wahlkampf ohne Koalition und ohne Kandidaten? | 3 |
| Die Opposition: Zwischen Boykott und Gegenkandidatur | 4 |
| Barakat – die Initiative für den Wahlboykott | 4 |
| Gescheiterte Transformation in Gesellschaft und Politik | 4 |
| Stagnation auch in der wirtschaftlichen Transformation | 5 |
| Außen- und Sicherheitspolitik: Ein Gigant hat Angst vor seinem eigenen Schatten | 6 |
| Ausblick: Algerien über den Wahltag hinaus | 7 |
| Tabellen | 8 |

Bouteflikas Kandidatur: Entgegen alle Erwartungen

Es war ein bemerkenswerter Vorgang. Die Erklärung, dass der amtierende algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika für eine weitere Amtszeit kandidieren würde, wurde nicht von ihm selbst, sondern von seinem Premierminister Abdelmalek Sellal am 22. Februar 2014 am Rande einer Konferenz zu nachhaltigem Wirtschaften in der westalgerischen Stadt Oran bekannt gegeben. »Kandidatur über Vollmacht«, titelte die Tageszeitung *El Watan*. Ein kranker und teilweise gelähmter Mann im Rollstuhl, der sich im Oktober 2013 bei einer Kabinettsitzung zum letzten Mal in der Öffentlichkeit gezeigt hatte, kandidiert für ein viertes Fünfjahresmandat von 2014–2019. Wie soll ein Wahlkampf mit einem artikulationsunfähigen Kandidaten durchgeführt werden? Algerien praktiziert damit eine neue Form eines »virtuellen politischen Geschehens«. Am 3. März 2014 konnte die algerische Bevölkerung in den Abendnachrichten des Staatsfernsehens *ENTV* tatsächlich den Kandidaten auf dem Bildschirm sehen. Er übergab dem Präsidenten des Verfassungsrats, Mourad Medelci, die Unterlagen für seine Kandidatur mit den schwachen aber deutlich vernehmbaren Worten: »Hiermit erkläre ich meine Kandidatur gemäß Artikel 74 der Verfassung und den Bestimmungen des Wahlgesetzes.« Diese Entscheidung kam nicht überraschend.

Vorlauf – Machtkämpfe in der Regierungspartei FLN

Am 29. August 2013 ereignete sich in der Regierungspartei Front de la Libération Nationale (FLN) ein innerparteilicher Machtwechsel. Das Zentralkomitee der FLN bestellte den früheren Präsidenten der Nationalversammlung, Amar Saadani, zum neuen Generalsekretär. Der alte Generalsekretär, Abdelaziz Belkhadem, war bereits im Januar 2013 durch eine Palastrevolte innerhalb des Zentralkomitees von seinen Ämtern enthoben worden. Seitdem war die FLN gespalten. Politische »Erneuerer« versuchten innerparteilich Reformideen Raum zu verschaffen. Eine andere Gruppe innerhalb der FLN betrieb hingegen die Übernahme der FLN durch so genannte »Karrieristen und Milliardäre«. Dennoch war Übergangs-Generalsekretär Abderrahmane Belayat bemüht, ein Mindestmaß an innerparteilicher Demokratie zu wahren. Das für internationale Beziehungen zustän-

dige Mitglied im Politbüro, Abdelhamid Si Afifi, begründete dies mit der Notwendigkeit, auch vor der Sozialistischen Internationalen (SI), »innerparteiliche Demokratie und Transparenz« zeigen zu müssen.

Dieser Anspruch wurde jedoch durch die Bestellung von Saadani beerdigt. Saadani war bereits im April als Nachfolgekandidat gehandelt worden, aber ihm wurde die Unterschlagung von staatlichen Fördergeldern vorgeworfen. Aus diesem Grund war er auch von Bouteflika im Jahre 2007 als Präsident des Parlaments abgelöst worden. Doch nun wurde mit Saadani ein Vertreter jenes Machtgefüges lanciert, das, wie es in der Bevölkerung oftmals heißt, aus »Karrieristen, Milliardären, und Vertretern des schmutzigen Geldes« besteht und die FLN vor allem für ihre persönlichen Zwecke benutzen will. »Die FLN ist nicht mehr eine politische Partei sondern ein Hedge-Fonds, in dem Clans Anteile übernehmen und Claims abstecken und nach einer Spielzeit sehen, wie hoch der Gewinn ist«, schrieb ein Kommentator in der Zeitung *El Watan*.

Der Bruder des Präsidenten: Said Bouteflika

Bei diesen Entwicklungen spielte Bouteflikas jüngerer Bruder Said, der seit dem Schlaganfall des Präsidenten am 27. April 2013 quasi zum Nebenpräsidenten geworden war, eine wichtige Rolle. Nunmehr war klar, dass offensichtlich unter seiner Anleitung die Weichenstellungen für die im April 2014 anstehende Präsidentschaftswahl vorbereitet werden.

Said Bouteflika gehört zum engsten Zirkel um den Präsidenten, der in Algerien auch als »Serail« bezeichnet wird und praktisch die Geschäfte führt.¹ So organisierte er beispielsweise die öffentliche Präsentation des kranken Präsidenten im Invalidendom in Paris, um der algerischen Öffentlichkeit zu beweisen, dass der Präsident lebt. Diese Bilder sollten zeigen, dass der Präsident wach ist, in einem Sessel sitzen und seine Amtsgeschäfte gemäß der Verfassung führen kann. Nach 80 Tagen in

1. Am 13. März berief Bouteflika den ehemaligen Premierminister Ahmed Ouyahia (RND) zum Staatsminister im Präsidentschaftsamt als Kabinettschef und gleichzeitig Abdelaziz Belkhadem (FLN), ebenfalls ein ehemaliger Premierminister zum Sonderberater des Präsidenten, offensichtlich auf Verlangen des DRS (Sicherheitsapparats), um den Bruder Said »einzuziehen«. Gleichzeitig, so sagen die Beobachter, würden Weichen für ein etwaiges Amt eines Vizepräsidenten gestellt und Rückfallpositionen für »worst-case«-Szenarios vorbereitet.

Behandlung kam der Präsident aus Frankreich zurück, um seine Rehabilitation in Algerien fortzusetzen. Saïd Bouteflika, die graue Eminenz im Hintergrund, installierte Saadani dann mit dem Ziel, eine vierte Amtszeit seines Bruders möglich zu machen. Dies wurde mit einer Kabinettsumbildung im September 2013 letztlich umgesetzt.

Kabinettsumbildung im September 2013 – das System Bouteflika in der Sackgasse?

Am 8. Mai 2012 hatte Abdelaziz Bouteflika aus Anlass des von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich an der algerischen Bevölkerung angerichteten Massakers in Sétif das berühmte Wort »Tabb Djenana« (Algerisch: alles verbraucht, alles verkocht) ausgesprochen. Dies wurde als ein Hinweis zum Ende der Dienstzeit der Gründergeneration gedeutet. Es war vielleicht auch ein zaghafter Versuch, der algerischen Jugend vor dem Hintergrund des »Arabischen Frühlings« Hoffnungen auf einen politischen Wandel zu machen. Tatsächlich folgte aber kein Generationenwechsel in der Führung des Landes. Im Gegenteil, Bouteflika verfolgte eine Strategie des Abwartens und des machtpolitischen Taktierens. In dieser Situation erlitt der Präsident einen Schlaganfall. Dies und die anschließende dreimonatige Genesungszeit änderte die Agenda. Um mit dem geschwächten Bouteflika den Machterhalt zu sichern, waren einige politische Anpassungen erforderlich.

Die innenpolitischen Überlegungen, die seine Entourage, sein Bruder Saïd und der »Serail« in diesem Zusammenhang anstellten, führten zur Regierungsumbildung am 11. September 2013. Diese war darauf ausgerichtet, ein viertes Mandat für Bouteflika zu ermöglichen.

Von außen betrachtet ist das Regime politisch verbraucht und am Ende. Trotzdem versucht die Machtclique, ihren Einfluss und insbesondere ihre Pfründe weiterhin zu sichern. Sie stehen da wie eine Wagenburg und versuchen, sich gegen alle Impulse der Veränderung von außerhalb des Machtzirkels zu wehren. In der Woche vom 13. zum 17. Januar 2014 war Präsident Bouteflika noch einmal in Paris im Militärhospital Val de Grâce, wo er nach seinem Schlaganfall behandelt wurde. Damit sollte offensichtlich Gewissheit erlangt werden, ob er für ein viertes Mandat gesundheitlich in der Lage ist.

Wahlkampf ohne Koalition und ohne Kandidaten?

Auch im Parlament ist die Lage für das Regime desolat. Die den Bouteflika-Clan tragende Parteien-Koalition ist zerfallen. Die Parteien FLN und RND (Rassemblement Nationale Démocratique), die 2009 Bouteflika an die Macht getragen hatten, sind in sich zerstritten. Eine Spaltung oder Fragmentierung der FLN ist, wie oben beschrieben, nicht mehr auszuschließen. Auch der RND ist gespalten. Am 3. Januar 2013 trat der Generalsekretär und ehemalige Premierminister Ahmed Ouyahia zurück. Die Partei besteht zurzeit aus zwei Lagern.

Die dritte Kraft der Bouteflika-Koalition von 2009 waren die gemäßigten Islamisten des Mouvement de la Société pour la Paix (MSP). Diese haben die Koalition jedoch bereits verlassen und sehen sich nun als die einzige wirkliche Oppositionspartei.

Der aktuelle Präsidentschaftswahlkampf Bouteflikas läuft ohne physisch anwesenden Kandidaten. Wie dies möglich ist, versucht Abdelmalek Sellal zu erklären. Sellal, der seit 2012 Premierminister gewesen war, trat am 13.3.2014 von seinem Amt zurück, um für Bouteflika den Wahlkampf zu leiten. Er behauptet, Bouteflika persönlich brauche keinen Wahlkampf zu führen, denn die Bilanz seiner Präsidentschaft sei über jede Kritik erhaben. Das Volk, so Sellal, trage den Präsidenten auf Händen in eine neue Amtszeit. Als Verdienste der Präsidentschaft von Bouteflika werden vor allem genannt: Die gesellschaftliche Aussöhnung nach dem »Schwarzen Jahrzehnt« von Terror und Gegenterror, der wirtschaftliche Aufbau des Landes mit einer Mischung aus Privatisierung und Modernisierung von Infrastruktur, die außenwirtschaftliche Stabilisierung, die sich unter anderem in der Reduzierung der Außenverschuldung auf 2 Prozent des BIP niederschlägt, die Anhäufung von Währungsguthaben in Höhe von 190 Mrd. US-Dollar durch die gute Erdöl- und Erdgaskonjunktur in den letzten Jahren, der Aufbau eines effizienten internen Sicherheitsapparats zur Kontrolle von radikalen islamischen Gruppierungen, sowie die Minderung der sozialen Spannungen durch Wohnungsbauprogramme, Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Anhebungen von Löhnen und Gehältern. Insbesondere der letzte Punkt ist vor dem Hintergrund der im Zuge des »Arabischen Frühlings« ausgelösten Unruhen in der Bevölkerung von besonderer Wichtigkeit.

All das kann niemand besser darstellen als Abdelmalek Sellal, der bereits 2004 und 2009 Bouteflikas Wahlkampagnenmanager war. Im Mai 2012 wurde er nach den Parlamentswahlen neuer Regierungschef. Sellal präsentiert Algerien stets als einen Pol der Stabilität in einer Region der Krisen dar. Dies – so Sellal – sei die Leistung Bouteflikas und deshalb solle er wiedergewählt werden. Solidaritätskomitees, Regierungsmitglieder, Behörden, Betriebe, die Parteien FLN und RND machen Wahlkampf. Der Kandidat Bouteflika aber scheint sich nicht in diese Niederungen der politischen Auseinandersetzung begeben zu müssen.

Die Opposition: Zwischen Boykott und Gegenkandidatur

Neben dem vormalig an der Regierung beteiligten MSP haben sich auch die beiden säkularen Oppositionsparteien Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (RCD) und die Front des Forces Socialistes (FFS) für einen Boykott der Präsidentschaftswahlen ausgesprochen. Die FFS argumentiert, dass die Präsidentschaftswahl nur einen internen Stellenwert für das System habe, aber keine echte Wahl sei. »Unter diesen Bedingungen ist es nicht vorstellbar, dass die FFS teilnimmt. Die Option Boykott, selbst wenn sie politisch respektabel ist, ist nicht die einzige Option«, erklärte der Vorsitzende der FFS. In historischer Sicht, so die FFS, müsste ein neuer nationaler Konsens gefunden und ein Fahrplan für den Übergang festgelegt werden. Das klingt nach dem, was der ehemalige »Reform«-Premierminister Mouloud Hamrouche auf seiner Pressekonferenz sagte, als er eine Gegenkandidatur gegen Bouteflika ablehnte. Er rief die jungen Generäle der Armee auf, ihre »historische Verantwortung zu übernehmen«. Er beeilte sich zwar schnell, zu sagen, er habe nicht zum Putsch aufrufen wollen. Aber im Kern war es das.

Ahmed Benbitour, ein ehemaliger Premierminister Bouteflikas, allerdings ohne parteipolitische Basis, hatte seine Gegenkandidatur erklärt und dafür auch 85.000 Unterschriften gesammelt. Er zog seine Kandidatur nach der Erklärung Bouteflikas zurück und verkündete: »Die Kandidatur Bouteflikas macht die Wahl zur Farce. Es handelt sich nicht um eine Wahl. Es handelt sich um einen Staatsstreich in der Form einer Wahl.« Auch Sofiane Djilali von der jungen Partei Jil Jadid (Arabisch: Neue Generation) zog seine Kandidatur nach der Ankündigung

Bouteflikas zurück und erklärte, er stehe für eine Legitimation dieser Maskerade durch seine Kandidatur nicht zur Verfügung.

Damit bleibt Ali Benflis, Premierminister unter Präsident Chadli Benjedid, als einziger echter Gegenkandidat übrig. Er hatte bereits 2004 gegen Bouteflika kandidiert. Er wird zudem von manchen in der FLN informell gestützt. Louisa Hanoune, Vorsitzende der Partei der Arbeiter, kandidiert als einzige Frau gegen Bouteflika. Dies mag verwundern, ist sie doch politisch und persönlich Bouteflika sehr verbunden und sprach sich für sein viertes Mandat aus.

Barakat – die Initiative für den Wahlboykott

In der Zwischenzeit hat sich auch eine öffentlich sichtbare gesellschaftliche Bewegung gegen das vierte Mandat Bouteflikas gebildet. Ausgehend von einer Initiative der jungen Ärztin Amira Bouraoui, die vor der Universität Boueiah am 22. Februar eine Demonstration organisierte, hat sich die Bewegung verbreitert. Auf einer Internet-Plattform wurde das politische Manifest »Barakat« (arabisch: Es reicht!) ausgerufen. Am 14. März fand ein Sit-in in der medizinischen Fakultät in Zentrum von Algier statt. Die algerischen Medien hoben hervor, dass es diesmal nicht zu Verhaftungen und physischer Repression kam. Seit den Massenprotesten in der Kabylei im Juni 2001 hatte das Regime Demonstrationen auf Straßen und Plätzen in Algier verboten. Offensichtlich auf »Empfehlung« der französischen Regierung, die Freiheit der Meinungsäußerung in Algerien zu respektieren, entschied die Polizei, die nicht genehmigte Demonstration »demokratisch« zu begleiten und nicht mit Gewalt zu unterbinden. Dies war noch am Tag zuvor anders, als die 20 Vorsitzenden der Oppositionsparteien daran gehindert wurden, am Mahnmal des unbekanntes Märtyrers des algerischen Befreiungskampfs eine Versammlung gegen das vierte Mandat abzuhalten. Die Demonstration wurde durch mehrere Hundertschaften Sicherheitspolizei praktisch erstickt.

Gescheiterte Transformation in Gesellschaft und Politik

1988 hatte Algerien unter Chadli Bendjedid eine Liberalisierung des politischen Lebens erfahren. Meinungs- und Vereinsfreiheit wurden möglich, Parteien- und

Gewerkschaftspluralismus entstanden ebenso wie zivilgesellschaftliche Initiativen. Doch diese Entwicklung hat nicht zu einer nachhaltigen politischen Transformation Algeriens geführt. Wir haben es heute in Algerien mit einem »hinkenden Einparteiensystem« zu tun. Das Regime setzt bewusst und gesteuert auf eine Atomisierung des Parteien- und Listenspektrums. Gleichzeitig werden das politische System und der Staatsapparat durch die FLN dominiert. Durch die Zersplitterung der Parteien, Wahlboykott und die Abgabe ungültiger Stimmen werden die Wahlen jedoch immer mehr zur Farce. Bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 2012 gaben nur rund 43 Prozent der Wähler ihre Stimme ab. In Algerien waren es nur 31 Prozent, in der Kabylei sogar nur 20 Prozent. Unter den abgegebenen Stimmen waren weitere 20 Prozent ungültige Proteststimmen. Dies hat dazu geführt, dass die FLN mit rund 17,5 Prozent der Stimmen 45 Prozent der Parlamentsmandate erringen konnte. Der RND konnte mit 6,9 Prozent der Stimmen 17,7 Prozent der Mandate erringen. Dem stehen 28 Parteien, Listen und Unabhängige gegenüber, die jeweils weniger als 2 Prozent der Stimmen bekamen und oft weniger als vier oder gar nur einen Sitz im Parlament erhielten. Insgesamt entfielen rund 20 Prozent der Mandate auf Splitterparteien mit einem Wahlergebnis von weniger als 2 Prozent (siehe Tabelle 1). Von dieser Zersplitterung profitiert vor allem die alte Staatspartei FLN und der »Kandidat-Präsident« Bouteflika. Denn in diesem Modell kann die FLN mit 47,8 Prozent der Sitze praktisch unbeschränkt herrschen.

Damit bleibt die vorgespiegelte Demokratie durch zahlenmäßige »Parteienvielfalt« in Wirklichkeit doch die Herrschaft einer autoritären Partei- und Staatsmacht in enger Verbindung mit Geheimdienst, Polizei und Armee. Die Wahlen zeigen allerdings, dass das System durch eine starke Legitimitätskrise gekennzeichnet ist, denn FLN und RND sind mit rund 10 bzw. 4 Prozent der stimmberechtigten algerischen Bevölkerung nur sehr mangelhaft legitimiert.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den Bewertungen durch internationale Rankings. So rangiert Algerien im »Mo Ibrahim Index of African Governance« mit 52,5 Punkten auf dem 25. Platz von 52 Staaten. Dieser relativ gute Durchschnittswert verdeckt aber die Schwachstellen in der politischen Entwicklung: Bei den Kriterien *Persönliche Sicherheit und Rechtsstaat* landet Algerien auf Platz 39 und beim Kriterium *Menschenrechte und*

politische Teilhabe auf Platz 32. Lediglich im Kriterium der *allgemeinen menschlichen Entwicklung* landet es auf Platz 7, weil eben vor allem die immensen finanziellen Ressourcen dies erlauben. Eine ernst zu nehmende politische Transformation ist an Algerien in den letzten Jahren vorbeigegangen. Deshalb bezeichnet der »Democracy Index« des *Economist* (2010) Algerien auch als »autoritäres Regime« und stuft das Land auf Platz 125 von insgesamt 167 Staaten ein.

Die drei Mandate Bouteflikas (1999–2004; 2004–09; 2009–14) sind deshalb von einem zweifelhaften Erfolg gezeichnet. Die selbst gesteckten Ziele wurden deutlich verfehlt. Er trat in der ersten Präsidentschaftswahl 1999 als ein Mann des gesellschaftlichen Konsensus an. Nach dem »schwarzen Jahrzehnt« des Bürgerkriegs galt er als ein Protagonist der Erneuerung und der nationalen Aussöhnung. Während die anderen Kandidaten von damals mehr oder weniger polarisierende Kandidaten von politischen Parteien oder bekannten gesellschaftlichen Gruppen, wie etwa den Islamisten waren, sah sich Bouteflika als Mann des Volkes. Damals verkündete er: »Mein Programm bietet den am meisten realistischen und offenen Rahmen, in dem Eigeninitiative und Freiheit in einem Klima der Freiheit ihre Potentiale ausdrücken können.«

Heute ist davon nichts mehr im gesellschaftlichen Leben Algeriens zu spüren. Die Entfremdung zwischen politischer Elite und Bevölkerung ist enorm. Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend in Arme und Reiche. Die politische Macht wird von undurchsichtigen Seilschaften aus Clans, Familien und Cliques in einem geschlossenen Serail ausgeübt. Die Staatspartei FLN ist »kaputt«. Sie ist zerrissen zwischen mafiöser Geldherrschaft, Karrierismus und Machtklüngel und bei Wahlen durch Boykott oder Stimmenthaltung delegitimiert.

Stagnation auch in der wirtschaftlichen Transformation

Die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, mahnte bei ihrem letzten Besuch in Algerien im März 2013 vor allem strukturelle Reformen an. Algeriens Wirtschaft steht und fällt mit dem Erdöl- und Erdgaspreis. 40 Prozent des Bruttoinlandprodukts, 98 Prozent der Exporte und rund 2/3 des Haushalts werden durch Erlöse aus dem Erdöl- und Erdgassektor bestritten. Dieser Sektor absorbiert jedoch nur 2 Prozent

der Arbeitskräfte. Im Wirtschaftsmodell Algeriens ist der politische Bezug auf die Sowjetunion weggefallen, aber die bürokratische »Plan- und Verwaltungswirtschaft« ist geblieben. Für Alles und Jedes ist eine behördliche Genehmigung einzuholen.

Für die Eröffnung einer Geschäftstätigkeit braucht man in Algerien durchschnittlich 15 Genehmigungen und einen Zeitaufwand von 25 Tagen und ein Unternehmer muss z. B. 451 Stunden investieren, um seine Steuern abzuführen. Das Bruttosozialprodukt stieg von 2003 auf 2012 um 205 Prozent, das Prokopfeinkommen im gleichen Zeitraum um 42 Prozent (siehe Tabelle 2). Gleichzeitig betrug 2012 die Inflation 9 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit lag bei 28 Prozent. Auf der anderen Seite gab es 2012 nach amerikanischen Untersuchungen in Algerien 35 Dollar-Milliardäre und 4.100 Dollar-Millionäre (*New World Wealth – El Watan* vom 3. September 2013). Produkte des täglichen Bedarfs sind erheblich subventioniert, ein Baguette kostet umgerechnet 10 Cents, ein Liter Superbenzin 22 Cents. In Anbetracht der allgemeinen Korruption sagt der Volksmund: »Das Einzige, was wirklich in Algerien demokratisiert wurde, ist die Korruption.« Schlechte Rahmenbedingungen, mangelnde Offenheit, fehlende »accountability and governance« sind in den Worten der IWF-Präsidentin die Schwachpunkte der algerischen Wirtschaft. Daran hat Bouteflika wesentlichen Anteil.

Mit einem Wert von 36 Punkten im Jahr 2013 landet Algerien auf Platz 94 von 177 Ländern im *Corruption Perception Index* von Transparency International. Das schlechte Abschneiden bewog die Regierung dazu, eine Präsentation des Transparency International Index in Algerien zu untersagen. Der Bertelsmann Transformation Index verweist Algerien in der politischen Transformation auf Platz 80 von 129 Ländern, in der wirtschaftlichen Transformation auf Platz 70 und im Ranking der Kapazitäten, durch Management Veränderungen umzusetzen, auf Platz 77. Im Index »Doing Business« von 2013 der Weltbank landet Algerien auf Platz 152 von 185 untersuchten Volkswirtschaften.

Außen- und Sicherheitspolitik: Ein Gigant hat Angst vor seinem eigenen Schatten

Das flächenmäßig größte Land Afrikas, verbunden mit dem höchsten Militäretat Afrikas (10,3 Mrd. US-Dollar in 2012), müsste eigentlich als Leit- und Ordnungsmacht

nicht nur für Nord-, sondern für ganz Afrika wirken. Im Wahlkampf 1999 erklärte Bouteflika, einstmals Boumediennes Außenminister und Stimme für Algeriens Außenpolitik der Blockfreiheit und Nichteinmischung in den 1970er Jahren, dass Algerien Ordnungsmacht sein wolle. Aber in seinen drei Mandaten agierte Bouteflika defensiv. Noch unmittelbar nach Amtsantritt vermittelte er als Vorsitzender der Afrikanischen Union im Eritrea-Äthiopien-Konflikt. Als Vorsitzender dieser Organisation organisierte er 2005 den Gipfel der Arabischen Liga in Algier, zu dem allerdings nur 13 der 22 Staatschefs anreisten. Die Ermordung von zwei algerischen Diplomaten in Bagdad, bei der von Al-Qaida als Begründung vorgebracht wurde, Algerien sei Verbündeter von Zionisten und Christen, ließ Algeriens Initiativen bei außenpolitischen Vermittlungen erlahmen. Algerien kooperierte mit den USA im Anti-Terror-Kampf, entwickelte aber keine eigene neue Sicherheitspolitik für die Region. Auch die Kooperation mit der EU wurde halbherzig angenommen. Die Integration in die EU-Mittelmeer-Kooperation wurde als Wiederbelebung kolonialer Herrschaftsstrukturen begriffen.

Leider haben 15 Jahre Außenpolitik unter dem Präsidenten Bouteflika nicht zu einem neuen Rollenverständnis geführt. Die außenpolitischen Schritte und bestehende Allianzen sind entweder von alten Paradigmen geprägt oder haben konjunkturelle Bedeutung, wie die Furcht vor dem »Arabischen Frühling«. Die Beziehungen zu Marokko sind weiterhin durch die Westsahara-Frage auf einem Tiefpunkt blockiert. Eine wirkliche regionale Maghreb-Integration wird trotz bisweilen wortreicher Rhetorik nicht betrieben. Einige Kooperationen in Sicherheitsfragen, etwa für die Bekämpfung des Terrorismus finden statt. Hier wird mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und besonders mit Frankreich zusammengearbeitet, etwa als die Überflugrechte bei der französischen Operation in Mali gewährt wurden. Aber in der politischen Dimension der Nord-Mali-/Sahelfrage agiert Algerien mehr im Hinblick auf die Wettbewerbssituation mit Marokko oder Frankreich als mit einer eigenen Vision. Dabei ist die Nord-Mali-Frage implizit auch eine Süd-Algerien-Frage.

Die Herausforderungen für eine zukünftige algerische Außenpolitik werden nicht abnehmen. Wie können die porös gewordenen Staatsgrenzen gesichert werden? Wie kann der Zerfall von Flächenstaaten verhindert werden? Und wie werden die Rechte und Pflichten einer

Regierung wahrgenommen, die Sicherheit der Völker zu gewährleisten? Statt Antworten zu finden, ist Algeriens Außenpolitik ein Reflex auf die interne Bedrohung durch den Islamismus oder eine Reaktion auf die eigenen Menschenrechts- oder Demokratiedefizite. Algerien, ein Staat mit finanziellen Ressourcen und (noch) intaktem Macht-, Regierungs- oder Organisationsgefüge, steht in der Pflicht, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen, tut es aber nicht. Angesichts dieser paradoxen Situation titelte die Zeitschrift *Jeune Afrique* 2013: »Ein Gigant hat Angst vor dem eigenen Schatten!«

Ausblick: Algerien über den Wahltag hinaus

In Anbetracht der geschilderten Situation ist fraglich, ob ein wiedergewählter Präsident Bouteflika die vermeintliche Stabilität Algeriens aufrechterhalten kann. Im Gegenteil, man muss damit rechnen, dass die Phase des schleichenden Verfalls nur verlängert wird. Zugleich werden die Probleme täglich drängender. So wird eine von Bouteflika gewonnene Wahl von der nachrückenden politischen Elite und der Jugend nicht hingenommen werden. Rund 66 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt. Algeriens Währungsreserven schmelzen immer mehr zusammen. Die vom Internationalen Währungsfonds geforderten Reformen und eine nachhaltige Geld- und Finanzpolitik sind noch immer nicht umgesetzt worden. Auch gibt es keine Industrie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die eine Integration in den Welthandel durch den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) ermöglichen würde. Zudem muss sich Algerien endlich auch außen- und sicherheitspolitisch weiterentwickeln und sich von der lieb gewordenen Dritte-Welt-Ideologie Bouteflikas befreien.

Es ist daher zu erwarten, dass in Algerien, bisweilen als »Nordkorea« des Mittelmeerraumes bezeichnet, das bisherige Regime kurz- oder mittelfristig bröckeln wird. Es sind fünf zentrale Dynamiken, die auch hier eine autoritäre Regierung auf Dauer nicht aufhalten kann:

1. Der biologische Prozess des Ablebens der alten Garde um Bouteflika.
2. Die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb der algerischen Gesellschaft, die sich mit den zwei Stichworten Jugend und Gender umschreiben lassen. Mehr als 50 Prozent eines Universitätsab-

gangs sind Frauen, die Hälfte der Richter sind Frauen, ebenso des Lehrpersonals und der Rechtsanwälte. Die Feminisierung der modernen Dienstleistungsgesellschaft wird auch die Gesellschaft Algeriens im politischen Überbau verändern.

3. Der Druck aus der Diaspora: Rund sieben Millionen Algerier leben im Ausland. Sie sind erfolgreich und wollen gegebenenfalls wieder nach Algerien und dort wirksam werden. Sie kommen mit einem anderen Wertekanon zurück oder wirken in diesem Sinne bereits heute aus dem Ausland, über Kontakte und Familie.
4. Auch wenn die moderne digitale Kommunikation in Algerien in Qualität und Geschwindigkeit im Vergleich zu den umliegenden Ländern noch hinterherhinkt, wird es der Regierung nicht mehr gelingen, die algerische Bevölkerung vom Rest der Welt abzukoppeln. Information und damit ein verändertes politisches Verhalten wird auch in Algerien inneren Veränderungsdruck erzeugen.
5. Und schließlich wird ein Druck dadurch entstehen, dass das alte Industriemodell und der damit verbundene »Rentenkapitalismus« zu einem Ende kommen. Stagnierende Rohstoffpreise, endliche Ressourcen und erhöhter Verbrauch werden bewirken, dass die Gesellschaft auf neue politische Themen und Fragen innovative Antworten einfordert. Auf Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und ein »anderes Wirtschaften« ist das FLN/Bouteflika-Regime nicht vorbereitet.

Über welche politischen Kräfte dies geschieht, in welchen Mechaniken, Prozessen und Dynamiken das passieren wird, kann heute niemand voraussagen. Der FLN-Führung wurde bereits im vergangenen Jahr von politischen Beobachtern bescheinigt, dass sie mit einem Saadani und Bouteflika an der Spitze »den Weg ins Museum« beschreite. Es ist bemerkenswert, dass Premierminister Sellal selbst sagt: »Wir brauchen Veränderungen, aber wir wollen sie in geordneten Bahnen haben.« Noch teilt die Bevölkerung diese Auffassung. Die Wiederholung eines Bürgerkriegs vom Typ des »schwarzen Jahrzehnts« mit schätzungsweise 120.000 Toten will die algerische Bevölkerung nicht. Deshalb wird es in Algerien auch nicht zu einer Wiederholung des »Arabischen Frühlings« kommen. Zugleich ist fraglich, ob das Regime mit der Fortsetzung seiner bisherigen Politik die relative Stabilität Algeriens erhalten kann.



Tabellen

Tabelle 1: Das Politikmodell Algeriens im Spiegel der Mandatsverteilung im aktuellen Parlament (seit Mai 2012). FLN und die anderen Parteien (»Fassadendemokratie« oder »Divide et Impera«)

| Partei/Liste | Sitze | Partei/Liste | Sitze | Partei/Liste | Sitze |
|--------------|-------|--------------|-------|----------------|-------|
| FLN | 221 | FNA | 9 | PNSD | 4 |
| RND | 70 | El Adala | 7 | Andere P. | 32 |
| AAV (MSP) | 47 | MPA | 6 | Unabhängige | 19 |
| FFS | 21 | PFJ | 5 | Splitter 2% >x | 86 |
| PT | 17 | FC | 4 | Gesamt | 462 |

Quelle: *El Watan*, 16. Mai 2012: Législatives – le Conseil constitutionnel rend public les résultats officiels (Gruppierung durch den Autor).

Tabelle 2: Algerien in Zahlen: wirtschaftlich und sozial

| Indikator/Jahr | 2003 | 2004 | 2011 | 2012 |
|--|-------|-------|-------|-------|
| Bevölkerung (Mio.) | 33 | 33,5 | 37,7 | 38,5 |
| Bruttosozialprodukt (Mrd. US-Dollar) | 67 | 85 | 199 | 205 |
| Wachstum der Wirtschaft (%) | 7,2 | 4,3 | 2,6 | 3,3 |
| Prokopfeinkommen der Bevölkerung (US-Dollar) | 5.900 | 6.200 | 8.100 | 8.400 |

Quelle: www.weltbank.org, 8.3.2014 (Werte gerundet).



Über den Autor

Dr. Klaus-Peter Treydte ist Langjähriger Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Jahr 2013 war er Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Algerien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-843-1